

Perspektiven der Gesundheitspolitik

Beim Gesundheitsforum des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) und der Hanns-Seidel-Stiftung am 2. Juli 2010 in München wurde über „Perspektiven der Gesundheitspolitik – Wege zur Sicherung einer patientengerechten Versorgung zu bezahlbaren Preisen“ diskutiert. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) stehe vor gewaltigen Herausforderungen. Vor allem der demografische Wandel werde den Kostendruck auf die gesetzlichen Krankenkassen in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Parallel dazu erlebe der medizinische Fortschritt neue Quantensprünge, die zwar in vielen Bereichen zu Verbesserungen in der Patientenversorgung führen würden, aber immer auch Kostenschübe verursachten.



Diplom-Volkswirt Thomas Ballast, Moderatorin Diplom-Journalistin Christina Teuthorn vom Bayerischen Rundfunk, Ministerialdirektor Michael Höhenberger und Professor Dr. Eberhard Wille (v. li.).

Diplom-Volkswirt Thomas Ballast, Vorstandsvorsitzender der vdek, plädierte dafür, alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen, bevor der Zusatzbeitrag zur GKV weiter angehoben werde. Schon jetzt würde sich abzeichnen, dass die Sparbemühungen der Bundesregierung nicht ausreichen, um das Finanzloch im Jahr 2011 in Höhe von zirka elf Milliarden Euro zu stopfen. „Die Zusatzbeiträge in der pauschalen Form haben sich nicht bewährt. Der Verwaltungsaufwand bei den pauschalen Beiträgen ist riesig. Wenn gespart werden soll, dann sollte auch bei den Verwaltungskosten gespart werden“, argumentierte Ballast. Wichtig sei es, dass alle Leistungsbereiche unter die Lupe genommen würden. Das gelte aus seiner Sicht auch für die teuren Hausarztverträge, die den Patienten in der heutigen Konstruktion keinen Zusatznutzen brächten. Das Defizit sei keineswegs aus dem Nichts entstanden, sondern sei vor allem auf politische Entscheidungen der vergangenen Legislaturperiode zurückzuführen. Als Beispiele nannte er die Honorarreform für Ärzte, die Krankenhausfinanzierungsreform, die seit vielen Jahren versäumten echten Strukturreformen und die bislang verpasste Reform des Arzneimittelmarktes. Dazu kämen der bürokratische Gesundheitsfonds und der nachbesserungsbedürftige morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA). Ballast forderte die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel, die Begrenzung des Ausgabenanstiegs für die ärztliche Vergütung und das Einfrieren der Preise in den Kran-

kenhäusern. Er betonte, dass der vdek nicht gegen Hausarztverträge sei. Die Lotsenfunktion des Hausarztes würde sogar befürwortet, aber Zwangsverträge mit Monopolanbietern führten nur zu überhöhten Kosten bei zu geringem Leistungs- und Qualitätszuwachs. Für die Zukunft wünschte er die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der GKV.

Ministerialdirektor Michael Höhenberger vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit versuchte in seinem Vortrag die Position der Politik zu verdeutlichen. In der Gesundheitspolitik gebe es auf Bundesebene einen hohen Druck auf die Länder und insbesondere auf Bayern, alles „gleich“ zu machen: Gleiche Beiträge, gleiche Leistungen und gleiche Vergütungen. „Wir wollen keine Zentralisierung der Gesundheit“, stellte Höhenberger klar. Bayern leiste bereits jetzt einen Solidarbeitrag im Gesundheitswesen für den Bund. 2009 seien 1,66 Milliarden Euro in diesen Bereich aus Bayern abgeflossen. Eckpfeiler der Gesundheitspolitik seien aus bayerischer Sicht: Die Finanzierung der GKV nachhaltig sichern; bei den Ausgaben besonders die Bereiche Bürokratie, Arzneimittel und die Schnittstelle ambulant/stationär prüfen; in der flächendeckenden bedarfsgerechten Versorgung den hohen Standard beibehalten; Nachwuchs im Hausarztbereich sichern und die Feminisierung der Medizin berücksichtigen; für die Hochlohnbundesländer sollte es einen Zuschlag

zum Morbi-RSA geben; die Bedarfsplanung kleinräumig überarbeiten; Therapie statt Bürokratie solle es den Ärzten ermöglichen, mehr Zeit für den Patienten zur Verfügung zu haben; eine transparente Honorarordnung; leistungsfähige Krankenhäuser; stärkere Förderung der Prävention und der Ausbau der Versorgungsforschung.

Professor Dr. Eberhard Wille vom Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Universität Mannheim betonte in seinem Referat, dass die Finanzierung der GKV auf Dauer ein Problem bleiben werde. Er versuchte, Wege zur Sicherung einer patientengerechten Versorgung zu bezahlbaren Preisen aus Sicht der Wissenschaft darzustellen. Auch bei der Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen sei eine Finanzierungsreform unumgänglich. Bei den Einsparungsmöglichkeiten wies Wille besonders auf die Effizienz- und Effektivitätsreserven innerhalb und an den Schnittstellen der ambulanten und stationären Versorgung hin: „Wir können mehr ambulant machen in Zukunft“.

In der Abschlussdiskussion wurde betont, dass das Umlagensystem in der GKV nicht am Ende sei. Es sei vor allem kostengünstig und bürokratiefreundlich. Ein Ziel müsse es sein, Spitzenmedizin für jedermann zu erhalten und eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern.

Jodok Müller (BLÄK)